



II- 1258 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH

XIII. Gesetzgebungsperiode

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5.906/20-I/1-1972

482 /A.B.
zu 486 /J.
Präs. am 13. Juli 1972

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat DDr. König und Genossen, Nr.486/J vom 30.Mai 1972: "Zusätzliche Telefonanschlüsse im Bereich des Wiener Ortsnetzes".

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1)

Auf Grund des Angebotes der Stadt Wien auf Vorfinanzierung eines forcierten Ausbaues des Wiener Fernsprechnetzes wurde im Sommer 1970 für das Ortsnetz Wien ein Zusatzinvestitionsprogramm erstellt, welches über das laufende Fernsprechinvestitionsprogramm hinausgehend die Herstellung von insgesamt 17.100 zusätzlichen neuen Anschlüssen ermöglichen sollte. Bereits bei der Erstellung dieses zusätzlichen Investitionsprogrammes wurde darauf hingewiesen, daß im Jahre 1971 etwa ein Drittel und im Jahre 1972 der Rest der insgesamt zugesicherten zusätzlichen 17.100 Anschlüsse hergestellt werden wird. Eine höhere Beschaltung von Neuanschlüssen im Jahre 1971 war nicht möglich, da noch die erforderlichen Spleißarbeiten abgeschlossen, die neuen Kabelleitungen verlegt und die jeweiligen Fernsprechvermittlungseinrichtungen fertiggestellt werden mußten.

- 2 -

Entsprechend dem vorgesehenen Plan wurden von der Post- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1971 neben den 24.653 Neuanschlüssen des laufenden Investitionsprogrammes noch 6.700 Anschlüsse aus dem gegenständlichen Zusatzinvestitionsprogramm im Jahre 1971 hergestellt. Die Beschaltung der restlichen 10.400 Anschlüsse des Sonderinvestitionsprogrammes erfolgt im Laufe des heutigen Jahres.

Obwohl im Bundesland Wien durch die große Vermehrung der mit Kabelumlegungen verbundenen Straßen- und Tiefbauvorhaben das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung einer starken Mehrbelastung unterliegt, konnten doch die im Zusatzinvestitionsprogramm vorgesehenen Planziele erreicht werden.

Zu Punkt 2)

Die Vorlage eines Rechenschaftsberichtes über die Verwendung der vorfinanzierten Investitionsmittel zur Herstellung von 17.100 zusätzlichen Fernsprechanschlüssen wurde zwar nicht vereinbart, doch ist die Post- und Telegraphenverwaltung selbstverständlich bereit, nach Abschluß der Arbeiten auf Verlangen der Gemeinde Wien einen entsprechenden Nachweis über die Verwendung der für die Vorfinanzierung der zusätzlichen Fernsprechanschlüsse bereitgestellten Mittel zu erbringen.

Wien, am 6. Juli 1972

Der Bundesminister:

